

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 5. Dezember 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

ADGB. fordert: Schluß mit Lohnabbau

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat nach ausführlicher Diskussion über die politische und wirtschaftliche Gesamtlage in Deutschland seine Meinung zu dem neuen Regierungsprogramm in folgender Resolution einstimmig zum Ausdruck gebracht:

„Die von der Regierung gezogenen Schlußfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirats geben einseitig die von den Unternehmern vertretenen Ansichten wieder. Sie entsprechen nicht dem Notstand des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft. Sie enthalten weder einen Plan zur Arbeitsbeschaffung noch die Ankündigung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche mit dem Zwang zur Einstellung von Erwerbslosen. Die Regierung gibt sich noch immer der Täuschung hin, durch Lohn- und Preissenkung eine Entspannung auf dem Binnenmarkt zu erzielen und die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf den Auslandsmärkten zu steigern.

Die Gewerkschaften haben von jeher den künstlichen Preisauftrieb durch Hochschutzzölle, Kartellbindungen und ähnliche Mittel bekämpft. Der Abbau solcher künstlich überhöhten Preise kann und muß ohne Lohnsenkung erzwungen werden. Die Gewerkschaften bekämpfen aber gleichzeitig den Gedanken einer allgemeinen künstlichen Preissenkung durch währungspolitische Mittel oder zwangsweisen Lohnabbau. Der rücksichtslose Lohnabbau seit mehr als Jahresfrist hat die deutsche Wirtschaft immer tiefer in das Krisenelend geführt, ebenso das dauernde Gerede von der weiter notwendigen Preissenkung. Es ist höchste Zeit, auf diesem Wege umzukehren.

Es hat sich als völlig vergeblich erwiesen, die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande durch weitere Lohnsenkungen steigern zu wollen. Jede Lohnsenkung wird — wie die Erfahrungen zeigen — vom Auslande sofort als Lohndumping mit weiteren Abwehrmaßnahmen beantwortet. Sie zerstört gleichzeitig die Kaufkraft des für die deutsche Wirtschaft ausschlaggebenden Binnenmarktes und muß außerdem zur Folge haben, daß das Defizit im Staatshaushalt verewigt wird. Das Einkommen der Arbeiterschaft ist auf der ganzen Linie in einem Maße gesunken, daß nicht nur die Existenz der Arbeiter, sondern auch die Qualität der Arbeit ernsthaft bedroht sind. Damit steht zugleich die Zukunft der deutschen Wirtschaft in Gefahr, weil bei Hungerlöhnen keine Qualitätsarbeit mehr möglich ist.

Der Bundesausschuß erhebt deswegen entschiedensten Protest gegen die offenkundige Absicht der Reichsregierung, die Kaufkraft der breiten Massen noch weiter zu schwächen. Er protestiert mit derselben Entschiedenheit gegen alle Absichten, an den rechtlichen Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechtes zu rütteln oder im Wege der Notverordnung in die Tarifverträge einzugreifen.“

Ergebnislose Verhandlungen des Reichswirtschaftsbeirates

Wir haben von vornherein auf die Tätigkeit des Reichswirtschaftsbeirates keine großen Hoffnungen gesetzt und darauf hingewiesen, daß, wenn die Gewerkschaften nicht in der Lage sind, das Steuer der Wirtschaftsführung herumzureißen, die Wirtschaftsführer selbst nie zu der Einsicht kommen werden, daß eine Ankerbelastung des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft nur von der Seite der Kaufkraftstärkung erfolgen kann. Nun haben wir einen Reichswirtschaftsbeirat gehabt, in dem die „Korpphäen“ der Wirtschaft sich wochenlang um Ursache, Wirkung und Bekämpfung der Wirtschaftskrise gestritten und beraten haben, und das Ergebnis ist gleich Null. Sechs Wochen kostbarer Zeit sind vertröbelt worden. Bei dieser Zusammenfassung des Reichswirtschaftsbeirates war dies Fiasko ja schließlich auch kein Wunder.

In der Lohnfrage ist der Wirtschaftsbeirat zu folgendem Ergebnis gekommen:

„Im Rahmen eines ausreichenden Gesamtprogramms erscheint eine entsprechende Senkung von Löhnen und Gehältern unvermeidlich. Der Grundgedanke der Tarifverträge muß erhalten bleiben, auch auf dem Gebiete des Schlichtungswesens erscheinen gelegentliche Änderungen zurzeit nicht erforderlich, dagegen ist eine veränderte Handhabung notwendig. Der Inhalt der Tarifverträge muß sich mehr als bisher der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen. Bei der Auflockerung der Tarifverträge sind örtliche Verschiedenheiten, zeitliche Änderungen und betriebliche Unterschiede besonders zu berücksichtigen.“

Diese Leitsätze sind nichts anderes, als was der Reichskanzler schon in seiner Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht hat, mit anderen Worten: Gehalts- und Lohnsenkung ohne Ende und Lockerung der Tarifverträge.

Anders bei der Preissenkungsfrage. Sie wird zwar in Verbindung mit der Lohnsenkung gebracht, aber die Leitsätze erklären hier, daß insbesondere die gebundenen

Preise, also die Kartellpreise, einem neuen Preisniveau angepasst werden müssen, aber:

„Eine systematische Aufhebung sämtlicher Preisbindungen wird jedoch zur Erreichung dieses Zieles nicht empfohlen. Dagegen sind Richtlinien aufzustellen, nach denen eine dem neuen Wertniveau entsprechende Preislage für alle gebundenen Preise herbeigeführt wird. Sofern eine freiwillige Anpassung der Preise an diese Richtlinien nicht eintritt, erscheint eine sofortige Aufhebung der Bindungen erforderlich.“

Also in der Frage der Preisenkung geht man schon nicht so konsequent vor wie bei den Gehalts- und Lohnkürzungen. Ebenso unklar ist der Teil der Leitsätze, der sich mit den landwirtschaftlichen Preisen befaßt. Es wird festgestellt, daß die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Güter in weitem Ausmaße unter dem allgemeinen Preisniveau liegen, und der Wirtschaftsbeirat hält daher einen Ausgleich und eine Verringerung der in vielen Gegenden noch besonders hohen Preisspanne für geboten. Er schlägt auch vor, die Preise der Lebensmittel öffentlich bekanntzugeben. Kein Wort wird aber gegen die unhaltbaren deutschen Getreidepreise gesagt, die das Weltmarktniveau um das Dreifache überschreiten; keine Zwangsmaßnahmen werden zur Herabdrückung der Handelspreise angedroht, sondern nur die Einsetzung von Preisaußschüssen empfohlen. Was werden die schon leisten?

Aber mit einem anderen Gedanken spielt man noch. Bezüglich der öffentlichen Tarife heißt es:

„Zur Herabsetzung der allgemeinen Lebenshaltungskosten, die bei Senkung von Löhnen und Gehältern zu einer unbedingten Notwendigkeit wird, ist vor allem eine Senkung der Tarife der öffentlichen Unternehmungen erforderlich. Der Wirtschaftsbeirat erkennt an, daß in dieser Hinsicht die Reichsbahn ihre tatkräftige Mitarbeit zugesagt hat. Er hat auch davon zustimmend Kenntnis genommen, daß die Reichsregierung es als ihre unabweißliche Aufgabe ansieht, durch nachdrückliche Einwirkung auf die zuständigen Landes- und Kommunalbehörden auf eine fühlbare Herabsetzung aller übrigen öffentlichen Tarife, vor allem bei Straßenbahn, Gas und elektrischem Strom hinzuwirken, um auf diese Weise Fehlbeträge, die etwa zunächst eintreten, durch Konsumsteigerung auszugleichen.“

Kein Mensch hält diesen Vorschlag für ein wirkliches Mittel zur Konsumsteigerung; denn je mehr die Löhne und Gehälter gekürzt werden, desto mehr wird selbstverständlich auch der Konsum gedrosselt. Dazu kommt aber auch, daß die Gemeinden durch diese Eisenhart-Kur ja schließlich gezwungen werden, auf andere Weise die fehlenden Einnahmen aus den öffentlichen Betrieben hereinzubekommen, um ihre Verpflichtungen, insbesondere gegenüber den Wohlfahrtserwerbslosen durchzuführen zu können.

Es ist ja ganz schön, wenn der Wirtschaftsbeirat eine Herabsetzung der Mieten durch Anpassen an das verminderte Einkommen für unbedingt geboten hält, aber wenn man im gleichen Atemzuge die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft empfiehlt, wird ja schließlich nur das Gegenteil von dem, was bezweckt werden soll, erreicht. Die vor nicht langer Zeit vorgenommene Senkung der Hauszinssteuer hat bewiesen, daß die Mieter so gut wie gar nichts davon hatten, und die Aufhebung der Hauszinssteuer und die Beseitigung der Zwangswirtschaft würden ein weiteres Geschenk an den Hausbesitz bedeuten.

Da muß man sich wirklich fragen, ob die Einsetzung dieses Wirtschaftsbeirats notwendig war, um zu einem solchen Ergebnis zu kommen. Diesen Leitsätzen des Beirats konnten die Gewerkschaften natürlich ihre Zustimmung nicht geben, und so erklärte auch in der Schlußfizierung der 2. Vorsitzende des ADGB, Gräßmann, daß nach dem vorliegenden Ergebnis Mittel und Wege zum Ziele eines sozial gerechten Wirtschaftsprogramms und einer Verständigung nicht möglich seien. Der AFA-Bund gab seinen Protest durch Fernhalten seines Vertreters Dr. Suhr bei der Schlußfizierung zu erkennen. Die gleiche ablehnende Haltung, wenn auch in etwas gemilderter Form, haben die christlichen Gewerkschaften eingenommen.

Inzwischen hat auch der Ausschuß des ADGB. scharf gegen die Brüning-Thesen der Schlußfizierung des Reichswirtschaftsbeirates protestiert, wie sich aus unserem Verhandlungsbericht an anderer Stelle ergibt. E. F.

Geht Gewalt vor Recht?

Auffsehenerregende Enthüllungen über das nationalsozialistische Regierungsprogramm

Mord und Totschlag predigen die Nationalsozialisten allenthalben in ihren Versammlungen gegen Andersdenkende, eine Blutbahn zeichnet den Weg ins Dritte Reich, und nun zeigt sich die ganze Regierungskunst der Nationalsozialisten in ihrem Programm in Massenerschießungen und Hungersnot! Am 25. November 1931 fanden in ganz Hessen Hausdurchsuchungen bei nationalsozialistischen Führern statt, die wegen dringenden Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat in der Leitung der NSDAP. vorgenommen wurden. Das hessische und das preussische Innenministerium, das Reichsinnenministerium und die Oberreichsanwaltschaft sind in den Besitz von Bekanntmachungen und Richtlinien gelangt, die den Anlaß zu diesem Verfahren gegeben haben. Wie jetzt festgestellt wurde, fand Mitte September auf dem Boyheimer Hof bei Lampertheim eine Besprechung der Führer des Gauess Hessen der NSDAP. statt, an der die jetzigen Landtagsabgeordneten Hauptmann a. D. Wassung, Stabsführer der SA., Gerichtsassessor Dr. Best, der Gaufachberater für Landwirtschaft Dr. Wagner, der Wirtschaftsreferent Dr. Schäfer, der Kapitänleutnant a. D. v. Davidsohn und der Privatsekretär des Gauleiters von Hessen Stavinoga teilnahmen. In dieser Besprechung wurden Entwürfe von Dr. Best zur Beratung gestellt und angenommen, wie die Errichtung der Militärdiktatur durch die SA. vor sich gehen soll.

Die Sache wurde dadurch bekannt, daß der Wirtschaftsreferent der Gauleitung der NSDAP. in Hessen, Landtagsabgeordneter Dr. Schäfer, erschreckt durch diese umfangreichen Mordvorbereitungen Anzeige bei den Behörden erstattete. Deshalb wird er auch von der SA. verfolgt und wurde seine Wohnung in Offenbach überfallen.

Wir geben im nachfolgenden den Wortlaut der amtlich festgestellten Dokumente wieder:

Entwurf der ersten Bekanntmachung unserer Führung nach dem Wegfall der bisherigen obersten Staatsbehörden und nach Ueberwindung der Kommune in einem für einheitliche Verwaltung geeigneten Gebiete. Bekanntgabe: 1. durch öffentlichen Anschlag, 2. durch Zustellung an alle Behörden.

Volksgeossen! Die bisherigen Träger der Staatsgewalt im Reich wie im Lande sind durch die Ereignisse der letzten Tage (Wochen) weggefallen. Durch diese tatsächliche Veränderung ist — wie im November 1918 — ein neuer Rechtszustand geschaffen. Ord nende Macht steht zurzeit allein bei den... (SA., Landeswehren o. ä.). Ihre Führung hat deshalb das Recht und die Pflicht, zur Rettung des Volkes die verwaiste Staatsgewalt zu ergreifen und auszuüben. Sie tut dies im Namen der deutschen Nation, vor deren Zukunft allein sie für Erfüllung ihrer Aufgabe und für die Wahl ihrer Mittel verantwortlich ist.

Die unerhörte Gefahr erfordert außerordentliche Maßnahmen, um zunächst das nackte Leben des Volkes zu retten. Erste Aufgabe ist Herstellung der öffentlichen Sicherheit und die Organisation der Volksernährung. Nur schärfste Disziplin der Bevölkerung und rücksichtsloses Durchgreifen der bewaffneten Macht lassen die Lösung dieser Aufgaben als möglich erscheinen.

Als Befehlshaber der... (SA., Landeswehren o. ä.) in... (Starkenburg, Rheinhessen, Oberhessen) gebe ich deshalb folgenden Befehl an die gesamte Bevölkerung des Landes bekannt:

1. Jeder Anordnung der... (SA., Landeswehren o. ä.) gleich von welchem Dienstgrad erteilt, ist sofort Folge zu leisten. Widerstand wird grundsätzlich mit dem Tode bestraft. Die Feldgerichte können beim Vorliegen besonderer Umstände andere Strafen verhängen.

2. Jede Schußwaffe ist binnen 24 Stunden an die... (SA., Landeswehren o. ä.) abzuliefern. Wer nach Ablauf dieser Frist im Besitz einer Schußwaffe getroffen wird, wird als Feind der... (SA., Landeswehren o. ä.) und des deutschen Volkes ohne Verahren auf der Stelle erschossen.

3. Jeder im Dienste öffentlicher Behörden oder öffentlicher Verkehrsanstalten stehende Beamte, Angestellte und Arbeiter hat sofort seinen Dienst wieder aufzunehmen. Widerstand und Sabotage wird mit dem Tode bestraft. An die Stelle der obersten Staatsbehörden

(Ministerien) tritt die Führung der... (SA., Landeswehren o. ä.) vertreten durch mich.

4. Die von der Führung der... (SA., Landeswehren o. ä.) erlassenen Notverordnungen haben für jedermann mit dem Tage ihrer Veröffentlichung durch Anschlag Gesetzeskraft. Verstöße gegen die Notverordnungen werden in besonders schweren Fällen über die in ihnen bestimmten Strafen hinaus mit dem Tode bestraft.

5. Soweit nicht die von der Führung der... (SA., Landeswehren o. ä.) erlassenen Notverordnungen oder einzelne Anordnungen der... (SA., Landeswehren o. ä.) entgegenstehen, bleiben alle bestehenden Gesetze in Kraft und sind von der Bevölkerung in jeder Hinsicht zu befolgen.

*

Nichtlinien für die ersten Notverordnungen unserer Führung nach dem Wegfall der bisherigen obersten Staatsbehörden und nach Ueberwindung der Kommunen in einem für einheitliche Verwaltung geeigneten Gebiet. Grundsätze: 1. Nur die einfachsten, dringendsten Maßnahmen. 2. Klare, verständliche Fassung. 3. Möglichst keine neuen Behörden, Einrichtungen, Dienststellen; Verwendung des vorhandenen Verwaltungsapparats.

Hungerdiktatur! Richtlinien für eine Notverordnung zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung. Bekanntgabe: 1. durch öffentlichen Anschlag, 2. durch Zustellung an die Kommunalbehörden.

Konfiskation. 1. Alle Lebensmittel stehen zur Verfügung der Führung der... (SA., Landeswehren o. ä.) und sind an deren Beauftragte auf Anforderung ohne Entgelt abzuliefern.

2. Jeder Erzeuger (Urerzeuger und verarbeitender Erzeuger) und Händler (Groß- und Klein-) hat unverzüglich eine genaue Aufstellung aller in seinem Eigentum stehenden (gleich wo lagernden oder in seinem Besitz befindlichen) Lebensmittel der für ihn zuständigen Bürgermeisterei einzureichen.

3. Jeder Verkauf und jede kaufweise Veräußerung von Lebensmitteln ist verboten.

4. Strafe für jede Vereitelung der Feststellung und Ablieferung und für jeden Verkauf und Tausch von Lebensmitteln: a) immer: Einziehung des gesamten Vermögens, b) daneben zulässig: jede Art und jeder Grad von Freiheitsstrafen. Todesstrafe nach dem ersten „Befehl an die Bevölkerung“ des Führers.

Hunger! B. Feststellung der zu Ernährenden: Jeder über 16 Jahre alte Mann bzw. Frau hat sich und seine nicht 16 Jahre alten Kinder unverzüglich bei der Bürgermeisterei des Aufenthaltsortes zu melden. Krankenhäuser und ähnliche Institute haben alle Insassen zu melden.

C. Durchführung der Volksernährung: 1. Kollektivspeisung. 2. Zuteilung von Lebensmitteln: a) Ausgabe von Karten, b) Ausgabe der Lebensmittel gegen diese Karten (ohne Bezahlung).

Nichtlinien für Verwaltungsmaßnahmen zur Durchführung der Notverordnung zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung:

1. Anweisung an die Bürgermeistereien: a) Die Aufstellung der Lebensmittel und der zu Ernährenden (A 2 und B der Richtlinien) sofort unserer Ernährungsstelle (s. unten 2) einzureichen, desgleichen einen Vorschlag, welche Lebensmittelteile die Gemeinde täglich benötigt, b) Die Kollektivspeisung einzurichten und die Ausgabe der Lebensmittellisten (Hilfskräfte die bisherigen Händler) vorzubereiten.

2. Einrichtung einer Ernährungsstelle zur Verteilung der Lebensmittel auf die Gemeinden. (Hilfskräfte: die Beamten der mittleren Verwaltung; Kreisämter.)

*

Wirtschaftszerstörung! Richtlinien für eine Notverordnung zur Sicherung des gegenwärtigen Eigentumsstandes. Bekanntgabe: 1. durch öffentlichen Anschlag, 2. durch Zustellung an alle Gerichte, Notare, Gerichtsvollzieher, Vollstreckungsbeamte.

Die Führung der... (SA., Landeswehren o. ä.) ist gezwungen, zur Rettung des Lebens der Bevölkerung über alle vorhandenen Vorräte an verbrauchbaren lebensnotwendigen Gegenständen, d. h. praktisch über den gesamten Ertrag des Volksvermögens und damit des Vermögens jedes einzelnen Volksgenossen zu verfügen. Es gibt bis zu anderweitiger Regelung kein Privateinkommen mehr. Dafür wird der gegenwärtige Vermögensstand durch Sicherung des Eigentumsstandes und Feststellung der berechtigten Ansprüche sichergestellt. Hierfür sind folgende Maßnahmen anzuordnen:

1. Jede Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen unterbleibt. Vorgenommene Vollstreckungsmaßnahmen sind aufzuheben.

2. Jede Verzählung von Ansprüchen ist bis zum Ablauf eines Jahres seit Veröffentlichung dieser Verordnung gehemmt.

3. Jeder Zinsenlauf für Geldforderungen ist bis zum Erlaß anderer Bestimmungen aufgehoben. Das gleiche gilt für den Mietzins für Wohnräume.

4. Dingliche Belastungen von Grundstücken für Geldforderungen dürfen bis zum Erlaß anderer Bestimmungen nicht bestellt werden.

5. Jeder Schuldner von Verbindlichkeiten über 1000 Mk. hat dem für ihn zuständigen Amtsgericht ein Verzeichnis seiner Gläubiger und Schulden einzureichen. Das Gericht hat mit den Gläubigern eine Einigung über die Feststellung des Betrages der Schuld zu versuchen. Mißlingt dieser Versuch, so muß der Gläubiger binnen zwei Monaten gegen den Schuldner Feststellungsklage erheben, andernfalls die Forderung erlischt.

*

Feldgerichte. Richtlinien für die Schaffung eigener Verwaltungseinrichtungen.

1. Einrichtung von Feldgerichten zur Aburteilung von Verstößen gegen den „Befehl an die Bevölkerung“ und gegen die Notverordnungen, um den

Auschein der Willkür zu vermeiden. Vereinfachtes und beschleunigtes Verfahren in Anlehnung an die StPD. Besetzung: Einzelrichter (Zurist); wenn Todesstrafe in Frage steht, drei Richter, darunter mindestens ein Zurist als Vorsitzender.

2. Einrichtung einer Verwaltungsabteilung, die für die vorhandenen Behörden die Ministerien ersetzt und die Inangriffnahme der Verwaltung, die Entlassung und Ernennung von Beamten nach den Richtlinien der Rechtsabteilung des Gaues Hessen und die Ausarbeitung weiterer erforderlicher Notverordnungen vorzunehmen hat.

*

Zwangsarbeit! Richtlinien für eine Notverordnung über die nationale Arbeitsdienstpflicht.

1. Jeder Deutsche (nicht Juden usw.) männlichen und weiblichen Geschlechts ist vom 16. Lebensjahr zur Dienstleistung nach Anordnung der Behörden verpflichtet. Ausgenommen ist, wer der... (SA., Landeswehren o. ä.) angehört oder beruflich im Dienst von Behörden steht. Ausnahmen wegen Unfähigkeit nach besonderen Richtlinien.

2. Der Anspruch auf Ernährung gemäß der Notverordnung zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung (!) ist von der Erfüllung der Dienstpflicht bzw. von der Bereitschaft zu ihr (Appelle) abhängig.

3. Art, Maß und Organisation der Pflichtarbeit nach den örtlichen Bedürfnissen. I. In der Produktion. A. Zunächst der dringenden Lebensbedürfnisse (Nahrung, Kleidung usw.). B. In der Verarbeitung vorhandener Rohstoffe zur Schaffung von Außenhandelswerten. II. In der Erhaltung der Arbeit. A. An öffentlichen Anlagen (Straßen, Bauten usw.). B. An Privatbesitz (Erhaltung der Wohnhäuser als Ersatz für den weggefallenen Mietzins). III. In der Erweiterung des Nahrungsspielraums (Meliorationen usw.).

Der Oberreichsanwalt hat die Pflicht, nach diesen Vorbereitungen zum Hochverrat gründlich durchzugreifen. Keine Derufschungsmandate der Reichsleitung der NSDAP. können von diesen Terror- und Mordvorbereitungen ablenken, die Dr. Schäfer, der im Falle einer nationalsozialistischen Regierung in Hessen zum Minister ausersehen war, den Behörden preisgab. Natürlich wird er jetzt von der SA. verfolgt und als Spitzel hingestellt. Wir richten aber an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister und an den Justizminister die Frage, was sie zu tun gedenken, um diesen Mordvorbereitungen einen Riegel vorzuschieben und der Arbeitnehmerschaft keine Veranlassung zu geben, den Nationalsozialisten mit den gleichen Waffen zu begegnen, mit denen sie den Staat und die Verfassung anzugreifen wagen.

* * *

Inzwischen haben in Berlin und anderen Orten Kundgebungen des Reichsbanners stattgefunden. In diesen Versammlungen wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die Nord- und Hungerproklamationen der Nationalsozialisten in Hessen sagen mit brutaler Offenheit, was Deutschland bevorsteht. Geduld und Nachsicht der Republikaner gegenüber dem banditenmäßigen Treiben der Feinde des Volksstaates haben so weit geführt, daß heute alles, was im Laufe von 13 Jahren in schwerer und unermüdlicher Arbeit geschaffen wurde, vor der Vernichtung steht. Die Geduld der Republikaner und der breiten Masse des Volkes ist erschöpft.

Sie verlangen, daß die Führung in Reich und Ländern offen den Mut zur Tat beweist, um Freiheit, Demokratie und Republik zu erhalten, die Gegner niederzuzwingen. Wie in den Sturmtagen seiner Geburtsstunde ergreift das Reichsbanner, die Schutzorganisation der republikanischen Massen, das Sturmbanner der Republik und übernimmt die Führung der republikanischen Aktion. Das Reichsbanner duldet nicht, daß die Fügeln der staatlichen Macht am Boden schiefen und ruft daher den Führern in Reich und Ländern zu: „Jetzt ist es genug, Staat, greif zu!“

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Programm des Reichswirtschaftsbeirats wird abgelehnt. In der Schlussitzung des Reichswirtschaftsbeirats am 23. November sagte Reichskanzler Brüning die Aussprache in ein Programm zusammen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wurde beim Reichskanzler deshalb sofort vorstellig. Die Abgeordneten Aufhäuser, Breitscheid, Herz und Hilferding protestierten dagegen, daß die Regierung diese Themen zum Regierungsprogramm erhebe. — Der Bundesauschuß des ADGB besaßte sich am 25. November dazu ebenfalls damit und stellte den Beratungen des Reichswirtschaftsbeirats die im heutigen Leitartikel enthaltenen Entschließungen entgegen.

Nationalsozialistische Hochverratspläne wurden in Hessen aufgedeckt.

Friz K u n e r t, der langjährige ehemalige Reichstagsabgeordnete der SPD, ist am 26. November, 81 Jahre alt, gestorben.

In Preussischen Landtage hielt der Abgeordnete K u t t n e r (SPD) schwere Abrechnung mit den Deutschnationalen und Wirtschaftsparteikern. — Als Präsident an Stelle des verstorbenen Bartels wurde der SPD-Abg. W i t t m a n n gewählt. — Ein deutschnationaler Mißtrauensantrag gegen den Kultusminister G r i m m e wurde mit 219 gegen 173 Stimmen abgelehnt.

Flieger über dem Südpol

„Land der Verdammnis“ nennt der amerikanische Polforscher Admiral Richard E. Byrd die Roßbarre, jene gewaltige Eistafel, die sich wie ein verriegeltes Tor vor das Land am Südpol legt. Und tatsächlich: der Leser seines neuen Buches „Flieger über dem Sechsten Erdteil“ (Richard E. Byrd, „Flieger über dem Sechsten Erdteil. Meine Südpolarexpedition 1928 bis 1930.“ Mit 75 Abbildungen und 2 Karten. Geheftet 10,50 Mk., Ganzleinen 12 Mk. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig.) gewinnt aus den lebendigen Schilderungen des Verfassers den Eindruck, daß die Eisbarre eine unheimliche, unwirklich gespenstige Gegend sein muß. Die Roßtafel erstreckt sich über viele Hunderte von Kilometern. Das gewaltige Eismassiv erhebt sich dräuend einige Duzend Meter hoch über dem Spiegel des Südlichen Eismeeres. In dem Buche Byrds ist ein Bild zu finden, daß die „City of New York“, eines der drei Expeditionschiffe, an der Roßbarre verankert zeigt: ein schwacher kleiner Punkt an einer riesigen, übermächtigen Eislinie, immer in Gefahr, von den unberechenbaren Nachbarn in Atome zerquetscht zu werden. Oft wurden die Forscher durch donnerndes Getöse beunruhigt, das selbst die an stärkste Geräusche gewöhnten alten Soldaten unter ihnen recht überraschte. Das war jedesmal die Musik, die bei der Geburt eines neuen „Gletscherkälbchens“ gespielt wurde. Von Zeit zu Zeit lösen sich von der Barre riesenhafte Teile mit einem Gewicht von Zehntausenden von Tonnen und fallen in das Meer, auf dem sie nun weiter schwimmen und vor allem den Walfängern schwere Sorgen machen. — Byrds zweites Schiff „Bolling“



Der Weg zur Eishochfläche um den Pol führt über ein Gebirge mit 3000-4000 Meter hohen Bergen und Gletschern

wurde eines Tages glücklicherweise nur von einem kleinen Teil einer solchen abgebrockelten Schnee- und Eislavine „befucht“. Die schweren Brocken schlugen das Schiff beinahe in den Grund; einige der Teilnehmer stürzten in das eiskalte Wasser. Es gelang in letzter Minute, die wunderbarerweise nicht ernsthaft Verletzten zu retten. Die Antarktis ersetzte das Fehlen feindseliger Menschen allzu reichlich durch die um so schonungslosere Wut der dämonischen Natur. An 114 Reisetagen herrschte eine Temperatur von — 40 Grad, an 62 Tagen — 45 Grad, an 33 Tagen — 51 Grad, an 3 Tagen sogar — 56,7 Grad. Bei dieser Hundekälte gefriert der ausgehauchte Atem mit einem Geräusch, wie wenn Wind über königlichen Schnee streicht. Die Petroleumlampen erlöschen, obwohl sich kein Lüftchen rührt. Stundenlange Schneestürme überschritten oft sogar den Höhepunkt der Beaufortskala, die sich von 0 bis 12 oder 120 Stundenkilometer abstuft. Die Windmesser verzeichneten Stöße von 300 Stundenkilometer Geschwindigkeit. Gegen diese Wut der Elemente vermag der beste Flieger nichts auszurichten, und wehe ihm, wenn er in einen solchen Wirbel des Verderbens gerät. Byrd und seine Piloten können — ihre Tüchtigkeit in allen Ehren — doch von Glück sagen, daß sie dem Südpol mit heiler Haut entronnen sind.

Welchen Zielen strebte nun eigentlich die Expedition Byrds zu? Wie war sie ausgerüstet, um ihre Aufgaben erfüllen zu können? Wir sprachen schon von den zwei Schiffen, die Mannschaft, Ausrüstung und Vorräte in das „Land der Verdammnis“ beförderten. Im Südlichen Eismeer angelangt, errichteten die Forscher auf der Roßbarre die einsamste Stadt der Welt: „Kleinamerika“. Eine eigene große Funkanlage steht ihnen zur Verfügung, Häuser, Zelte und Schneegänge werden gebaut, nicht zu vergessen Ställe für die Hunde und Schuppen für die Flugzeuge und den Raupenschlitten. In diesem südlichsten Ort des Erdballs geht es zeitweise sehr gemütlich zu, „wenn man vom Schlechten absieht“, um mit dem bekannten deutschen Sprichwort zu reden. Frostbeulen sind trotz aller warmen Pelzkleidung und trotz quatemender Oefen „natürlich“ an der Tagesordnung. Aber es gibt auch manchen frohen Augenblick, so z. B. Sonnabends, wenn über die amerikanischen Sender wohlgeleitete feierliche Ansprachen an die „leidenden Helden“ ertönen. Sie veranlassen Byrd zu bissigen Bemerkungen über rühreiferen Schmus,

der nicht ins rauhe Südeis gehöre. Aber erhebende Stunden erleben die Forscher, als sie sich mit dem „Grafen Zeppelin“ während seiner Weltfahrt unterhalten. Für jeden Leser muß die Vorstellung von besonderem Reiz sein, wie die fern am Südpol frierenden Forscher aus den Mitteilungen ihrer deutschen Kollegen in warmen Breiten graden Hoffnung und Mut für ihre eigene Arbeit schöpften.

Das wissenschaftliche Hauptziel der Expedition Byrds war nicht, den Südpol im Flugzeug zu erreichen, sondern vom südlichen Erdteil soviel als möglich geographisch und geologisch zu erkunden. In einem tollkühnen Flug, mehr als einmal dem Tode nahe, erreicht Byrd mit seinen Gefährten glücklich den Ort, wo es nur eine Richtung gibt, nämlich die nach Norden, und fügt dem Ruhmesblatt seiner Nordpoleroberung die Ueberfliegung des Antipoden hinzu. Dennoch ist niemandem zu raten, diesem bewunderungswürdigen Manne gegenüber nun von einer „Eroberung des Südländes“ zu reden. Der Admiral tritt auch in dem neuen Rechenschaftsbericht

mit aller Energie und Ehrlichkeit der sensationellen Aufbausung seiner Forschungen entgegen, in der besonders die amerikanische Presse „Großartiges“ geleistet hat. Er gibt zu, daß er ohne die Männer, die ihm den Weg bereitet haben — u. a. der Deutsche Drygalski — niemals seine Expedition bis zum glücklichen Ende hätte durchführen können. Er bittet die Zeitungen, nicht immer von der „Eroberung des Südländes“ zu reden. „Es ward“, schreibt er, „noch nicht erobert. Wir haben nur einen Zipfel des gewaltigen Schleiers gelüftet“. Er dankt in dem Buche auch seinen Gefährten und sagt, daß es

ein Jammer wäre, wenn man diesen treuen Kampfgenossen die ihnen gebührende Anerkennung verweigere.

Den Geographen muß in dem hervorragenden Buch „Flieger über dem Sechsten Erdteil“ besonders Byrds Nachprüfung der Forschungen Roald Amundsens interessieren. Byrd hat festgestellt, daß es Amundsens „Carmenland“ nicht gibt. An der Stelle, wo sich das Carmenland befinden soll, dehnt sich nach Angaben Byrds die Roßtafel unabsehbar ostwärts. „Stauwälle oder Luftspiegelungen mögen Amundsen irreführt haben. Wir stellten fest, daß sich die Eisbank mindestens 160 Kilometer nach Osten fortsetzt“, schreibt Byrd.

Auch der Wirtschaftler braucht nicht verächtlich die Nase über „soviel graue Theorie“ zu rümpfen, wenn er das prächtige Buch des Admirals liest. Glaubt er wirklich, daß seine — des Wirtschaftlers — großen amerikanischen Kollegen, wie Ford, Rockefeller u. a. ihre Spenden für das Unternehmen ohne Hintergedanken gegeben haben? Die Jagdbeute, die den Walfängern allsommerlich in den südlichen Eisgewässern zufällt, macht schon heute das hübsche Sümmchen von 60 Millionen im Jahre aus. Man vermutet ungeheure Kohlenlager; Kupfer fand man bereits. Im Roten Berge, den Shackleton auf dem Weg zum Pol überschritt, kommt Eisen vor. Mawson stellte auf Adelieland nughare Mineralien fest. Die Scottische Expedition meldete Titan auf der Depotinsel, die als wunderbares geologisches Museum und mineralogische Schatzkammer geschildert wird. Alles das deutet auf Zukunftsmöglichkeiten.

Die meisten Menschen glauben, Polforscher führten ein Leben voller Abenteuer und Heldentaten. Tausende bemühen sich, auf neue Expeditionen mitgenommen zu werden; sie fühlen sich zurückgesetzt und ihr Dasein verpöcht, wenn ihre Wünsche unerfüllbar bleiben. Wenn sie ahnten, die Armen... Byrd geht der romantischen Dufel lächelnd zu Leibe. Eine der wichtigsten und dringendsten Beschäftigungen der Polforscher war während längerer Zeit das Schippen von Kohlen. Für manchen Teilnehmer gab es deshalb ein „katerhaftes Erwachen, denn in der Einbildung pflegt man das Heldenthafte selten mit Kohlenschuppen zu verquicken. Aber gerade mit Kohlen- und Schneeschaufeln nebst verwandten Geräten erstickt man die Siege in Eis.“ Jeder, der in der Geschichte der Polarforschungen einigermaßen bewandert ist, wird dem ehrlichen Byrd dahin recht geben müssen.

R. Friedrichs.

Kolonialausstellung in Paris

Nun ist sie zu Ende gegangen, die Kolonialausstellung in Paris. Sie scheint äußerlich ein großer Erfolg gewesen zu sein, denn mehr als 23 Millionen Besucher haben sie bewundert und sich ihren Vergnügungsrummel angeschaut.

Ihre Propagandawirkung wird bleiben. Frankreich besitzt nach England das größte Kolonialreich der Welt. Und es verwaltet diese unermesslichen Länder zum Heil seiner primitiven Bewohner, denen es die Kultur bringt. So stand es wenigstens an den Wänden des Pavillons von Algier. Sollte man daran zweifeln, wenn es eine so maßgebende Persönlichkeit wie der General Lyautey versichert, der Marokko den Frieden brachte, den es nicht wollte.

Die Kolonialausstellung ist übrigens international gewesen. Italien war mit einem pompösen klassischen Palast vertreten, die Vereinigten Staaten dagegen schienen überraschenderweise Wert auf gediegene Kleinbürgerlichkeit zu legen, denn ihr Gebäude imitierte das biedermeierhaft anmutende Haus des puritanischen Kolonisten. Portugal brachte gebührend ins Bewußtsein, daß von ihm die Entdeckung Amerikas ausgegangen ist. Dänemark fehlte ebensowenig wie Belgien, und überall bekam man Respekt vor dem helfenden Kulturwillen der Weißen, die sich der Farbigen so menschenfreundlich annehmen. Schade nur, daß die Eingeborenen das nicht rascher begreifen; sonst könnte man zweifelsohne mit noch größeren Ausfuhrzahlen aufwarten.

Natürlich kommt in den Tropen der Weiße nur für die Leitung und das Kommandieren in Frage. Körperliche Arbeit ist Angelegenheit des Einheimischen, der an das Klima gewöhnt ist. Mag er sich nun auch zur Arbeit bequemen. Gott, gelegentlich muß man ja etwas nachhelfen. Das braucht man aber doch nicht tabellarisch und bildlich wiederzugeben. Man bedenke die zivilisatorische Leistung! Die Kupferausbeute der Minen des oberen Katanga im belgischen Kongo wurde in den letzten Jahren um einige hunderttausend Tonnen gesteigert; der ganze Weltkupfermarkt kam dadurch ins Wanken! Selbstverständlich mußte man dafür Bahnen bauen. Daß die Gegend, durch die die neue Linie geführt wird, ziemlich ungesund ist, dafür kann man nichts. Eine Übertreibung ist aber die Behauptung, daß auf jeden Kilometer Baustrecke 1200 tote schwarze Arbeiter kamen; es waren bloß 800.

Wollen die Ideologen im Internationalen Arbeitsamt in Genf den Boden der Kolonisation untergraben? Die Herren dort sollten ihre Nase in andere Dinge stecken oder einmal als Praktiker in der Wirklichkeit mitmachen. Dann würden sie anders reden und nicht mehr die Zwangsarbeit abschaffen wollen. Man muß die Schwarzen selbst hören und keine westfremden Philantropen. Hat nicht in Genf der Vertreter Frankreichs, der schwarze Monsieur Diagne, mit aller Entschiedenheit die Notwendigkeit der Zwangsarbeit verteidigt? Sehen Sie, das ist ein Zeichen von Fortschritt und Vorurteilslosigkeit: Frankreich schickt einen Neger als Vertreter nach Genf. Natürlich, wir geben ihnen solche Ehrenposten, wir nehmen die Eingeborenen auch in die Armee auf, und die unteren Grade sind ihnen bestimmt zugänglich. Das ist sogar einer der großen Vorteile unseres Kolonialreiches — die Kolonialarmee. Monsieur Diagne ist heute Unterstaatssekretär im Kolonialministerium. Finden Sie so etwas in England? Wir haben eine bessere Methode als Alibion.

In der Tat, die französische Art in den Kolonien ist ziemlich verschieden von der englischen. Der Franzose kennt den hochmütigen Abschluß und Abstand von den Eingeborenen nicht. England hat auch nicht in Paris ausgestellt, obwohl es das größte Kolonialreich besitzt.

Man sieht auch allerhand aus den ehemaligen deutschen Kolonien. Togo und Kamerun haben eigene Pavillons. Die von den Deutschen begonnene Arbeit wurde fortgesetzt, ist weiter gewachsen. Die Ausfuhr stieg. Bedeutend kann sie aber immer noch nicht genannt werden. Den wichtigsten Artikel stellen Kakao-Bohnen dar. Während ich einige zerknabberte, denke ich daran, daß man in Deutschland wieder Kolonialpropaganda mit dem Argument treibt, unserem Volk ohne Raum sei die Auswanderungsmöglichkeit mit den deutschen Kolonien verlorengegangen. Wir brauchen Kolonien für unsere Arbeitslosen, heißt es kurz und bündig. Aber wir haben bei diesem Gang durch das Kolonialtheater einige Male schon hinter die Kulissen geschaut. Auch hier zerflattern vor der kritischen Ueberlegung und einigen desillusionierenden Zahlen die schönen Phrasen.

Im ganzen Kamerun mit seinen 780 000 Quadratkilometern (mehr als anderthalbmal so groß wie Deutschland) gab es 1914 nur 1643 Deutsche und kaum einige Dutzend andere Weiße. Dabei war Kamerun die aussichtsreichste unserer Kolonien. Die Kolonien

kommen also nicht dafür in Betracht, Bevölkerungsüberschuß aufzunehmen. Begreiflich wird das sofort, wenn man bedenkt, daß zum Auswandern in die Kolonien größeres Kapital gehört. Aber man ärgert sich doch, daß die ehemals deutschen Kolonien in anderen Händen sind.

Der Clou der ganzen Ausstellung war ein indischer Tempel. Ein Wunderwerk ragte mit fünf massigen Türmen in die Luft. Genau nach den Ausgrabungen in Angkor-Dat in Cambodja, wo es durch die üppige Vegetation der Tropen schon ganz überwuchert war, hat man dieses Juwel in natürlicher Größe in braunem Zement hier errichtet. Auf einer gewaltigen Freitreppe, die von Tierymbolen flankiert wurde, stieg man in das mit einer überquellenden Phantasie dekorierte Innere. Drinnen entfalteten sich die Ausstellungen des künstlerischen und kunstgewerblichen Schaffens Hinterindiens, sah man Bilder aus dem Volksleben, zeigte die Verwaltung das, worauf sie stolz ist.

Neben diesem Tempel wird mir noch ein zweites Erlebnis unvergeßlich bleiben, das Märchen vom Orient, die Illusion des Scheins. Haben wir nicht alle, als wir noch jung waren und von den Wundern der Ferne träumten, uns den Orient als den Inbegriff alles Märchenhaften vorgestellt? An den Erzählungen von 1001 Nacht hatte sich unsere Phantasie berauscht. Indien z. B. war uns das Land unerhörten Reichtums, in dem edelsteinüberladene Maharadschas auf Elefanten Tiger jagten. Dem entspricht heute noch die allgemeine Anschauung, die vom Kino genährt wird, und die die Wirklichkeit in einer nicht mehr zu überbietenden Weise fälscht.

Darum ist nichts so desillusionierend wie eine Fahrt in den Orient. Dort lebt überall das Volk in einer erbarmungswürdigen Armut; dort herrscht wucherischste und rücksichtsloseste Ausbeutung an allen Orten. Aus der großen Masse heben sich nur einige wenige, höchstens einige Prozent heraus, die von der Armut der anderen dafür allerdings um so üppiger leben. Wer denkt daran, daß 90 Proz. der indischen Bevölkerung von 320 Millionen unterernährt sind? Ich sah in Afrika Bauern mit Kamelen pflügen. Aus der Ferne erschien das sehr pittoresk. In der Nähe erkannte man den armseligen Pflug, so primitiv, wie er in ganz Europa nicht mehr aufzutreiben ist, der den von der sengenden Sonne fast zu Stein gebrannten Lehm für die Gerstensaft ritzte. Wer vermag die Trostlosigkeit und die dunkelbraune Monotonie der Steppe, die undorstellbare Mühsal einer Wüstenwanderung zu schildern, wie sie wirklich ist? Alle orientalischen Städte sehen aus der Ferne wie weiße Märchen aus und bergen mit wenigen Ausnahmen in sich die primitivste Armseligkeit. In den engen Straßen lagert der Gestank von faulendem Hausunrat. Die Wohnungsnot ist überall größer als in unseren traurigsten Elendsquartieren. Wenn man über die Märkte geht und sieht, wie die Lebensmittel feilgehalten und behandelt werden, vergeht einem der Appetit. Ich sah Kuchenbäcker bei der Arbeit und bekam eine Gänsehaut. In Tunis redete mir ein einheimischer Bekannter zu, ich müsse das Nationalgericht Kuskus, etwas Besonderes für den Gaumen, kennenlernen, aber in einem Eingeborenen speisehaus, wo es wirklich echt sei. Mir graute, und ich war froh, daß der Bekannte im Trubel unserer Arbeit den Kuskus vergaß. Auf der Kolonialausstellung sah ich ihn wieder angepriesen, den Kuskus, aber in einem von Parisern betriebenen Restaurant. Hier wagte ich nun, ihn zu versuchen. Was alles in dem Gericht drin war, weiß ich nicht. Es hätte für eine lange Speisekarte genügt. Das Ganze war mit einer verdammten starken Paprikasoße zu begießen. Die Mohammedaner müssen einen Gaumen wie Leder haben, daß sie das Zeug ohne Getränk verzehren können. Glücklicherweise gab es neben dem Kuskus auch noch etwas anderes.

Nun saß ich in dem arabischen Restaurant. Der milde Abend kam und verhüllte alles häßliche und Harte in der Ausstellung, über die sich die Flut der vielfabigen Lichter und Reflektoren ergoß. Und jetzt erhob sich das Märchen aus 1001 Nacht. Neben dem Restaurant stand eine Moschee, deren Mihrab in den dunkelblauen, von Sternen flimmernden Himmel stieg. Daran reiheten sich andere orientalische Bauten mit den charakteristischen Kuppeln. Die Straße war mit Palmen bepflanzt. Ein reaes Gewimmel zog auf ihr dahin. Araber mit weißen Mänteln führten Kamele, auf denen Pariserinnen einen romantischen Ritt wagten, und im Hintergrund ragten, von bengalischem Lichte angestrahlt, die Wundertürme des Tempels Angkor-Dat. Das war der Orient, wie man ihn sich einmal geträumt hatte, und man genoß die Illusion, die sich formte aus der Gunst einer beschwingten Stunde, aus künstlichem Licht und Gebäuden von Rabig. D. Hartig.

Der ADBB. zu den Ergebnissen des Wirtschaftsbeirates

Am 25. November 1931 trat der Bundesausschuß des ADBB. im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner zweiten Tagung zusammen, um zu der Erklärung des Reichskanzlers Stellung zu nehmen, in der er vom Standpunkt der Reichsregierung aus die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates zusammenfaßte.

Grafmann betonte, daß der Wirtschaftsbeirat infolge seiner unparitätischen Zusammensetzung — 20 Vertreter der Industrie und Landwirtschaft, des Handels und des Handwerks und nur sechs Vertreter der Arbeiter und Angestellten — selbstverständlich gar nicht in der Lage war, Beschlüsse zu fassen. Die Zeitläge, die der Reichskanzler in der Schlußfassung des Wirtschaftsbeirates vortrug, sind daher

in keinem Sinne Beschlüsse des Wirtschaftsbeirates,

sondern Folgerungen, die die Reichsregierung aus den Arbeiten der Ausschüsse des Wirtschaftsbeirates gezogen hat. Weder die Vertreter der Gewerkschaften, noch auch, sicherem Vernehmen nach, gewisse Vertreter anderer Wirtschaftskreise dächten daran, ihre Unterschrift unter diese Zeitläge zu setzen.

Grafmann gab dann einen Bericht über die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates, der ein Bild von den unvereinbaren sachlichen Gegensätzen bot, die im Laufe der Beratungen klar zutage traten. Während sich z. B. der Mittelstand (Handwerk und Kleinhandel) im eigenen wohlverstandenen Interesse gegen weitere Lohnsenkungen wandte, bekannte sich die Industrie, unter dem ständigen Hinweis auf die absolute Notwendigkeit, den deutschen Export konkurrenzfähig zu erhalten, mit größter Entschiedenheit zu einer weiteren Senkung der Löhne und Gehälter. Die Lohnsenkung sei um so eher zu vertreten, als eine Vorleistung der Preise bereits erfolgt sei; schon seit geraumer Zeit sei ein Abinken der Preise festzustellen. Die Löhne seien überdies in den meisten Konkurrenzländern niedriger als in Deutschland. In den Ländern, die bisher günstiger gestellt gewesen seien, sei aber durch die Abkehr von der Goldwährung ein Sinken der Löhne zu erwarten. Die Tarife müßten so gestaltet werden, daß sie regional, branchenmäßig oder betrieblich den Erfordernissen der Wirtschaft leichter angepaßt werden könnten. Unvermeidlich sei auch der Verzicht auf den staatlichen Schlichtungszwang.

Gegenüber dieser Auffassung, die von Seiten der Arbeitgeber nicht erst seit gestern vertreten wird, haben die Vertreter der Arbeiter und Angestellten entschieden und im großen und ganzen durchaus einheitlich die Auffassung der Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht. Sie haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nicht daran glauben, daß in den Kreisen der Arbeitgeber eine Bereitschaft vorhanden sei, frei vereinbarte Tarifverträge abzuschließen. In einer wirtschaftlichen Notzeit wie der jetzigen muß der Staat, wenn anders er seine soziale Aufgabe erfüllen will, verhüten, daß die Lebensbedingungen der Lohn- und Gehaltsempfänger noch unerträglich werden, als sie es jetzt schon für den größten Teil der Arbeiter und Angestellten sind. Es komme auf den Reallohn an. Da die Preisenkung aber durch den Lohnabbau mehr als ausgeglichen sei, könne man schon für die vollbeschäftigten Arbeitnehmer von einem Sinken des Reallohnes sprechen. Erst recht gelte das für die Kurzarbeiter. Diese Schwächung der Kaufkraft hat die Lage des Binnenmarktes hoffnungslos verschlechtert. Der Binnenmarkt ist aber ungleich wichtiger als der Auslandsmarkt, so wichtig die Ausfuhr auch ist. Nichts sei in den letzten Jahren gegen die unerträglichen Preisspannen geschehen. Gegen ausländische Schutzzölle ist die Lohnenkung eine ganz ungeeignete Abwehrwaffe. Die Ursachen der wirtschaftlichen Not in Deutschland seien ganz anderer Art. Sie können mit diesen Mitteln nicht behoben werden. Jede weitere Schwächung der Kaufkraft müsse im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen auf das schärfste bekämpft werden.

Eggert ergänzte den Bericht Grafmanns. Zum Verständnis der Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat muß die gesamte wirtschafts-, finanz- und reparationspolitische Situation Deutschlands berücksichtigt werden, 25 an der Weltwirtschaft beteiligte Länder haben ihre Währung vom Golde losgelöst. Der Zusammenbruch des englischen Pfundes bedeutet eine verschleierte Lohnsenkung für die englische Arbeiterschaft. Wenn die englische Inflation nicht weiter fortgeschritten ist, so liegt das daran, daß England in größerem Umfang Ansprüche gegenüber dem Ausland hat als Schuldverpflichtungen. Deutschland dagegen hat nur Goldschulden an die Welt in Höhe von etwa 28 Milliarden und so gut wie keine Ansprüche. Die Frage steht daher so, ob Deutschland den Weg der Inflation gehen kann oder nicht. Luther hat sich mit äußerster Energie gegen den Gedanken einer neuen In-

flation gewandt. Es würde sofort ein Run auf die Banken einsetzen. Der Kampf um diese Frage endete im Wirtschaftsbeirat daher mit einer Zusicherung von Krediten, wenn konkrete und sichere Aufträge vorlägen. Die Regierung schätzt den Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt auf 70 Proz. Nicht nur in der Konsumindustrie, auch in der Produktionsindustrie mangelt es an Absatz. Demgegenüber wurde von den Gewerkschaftsvertretern auf die deutsche Ausfuhr verwiesen, die weder mengen- noch wertmäßig einen nennenswerten Rückgang aufweise. Auf diesen Einwand wurde geantwortet, das treffe nur für die Zeit vor dem Pfundsturz zu. Der Kampf der Gewerkschaften geht um die Erhaltung und Steigerung des Reallohnes. Von einem bestimmten Zeitpunkt der Beratungen an wurde die Grundlage der Aussprache im Wirtschaftsbeirat verschoben. Es stand nicht mehr zur Diskussion, ob, sondern wie die Löhne gesenkt werden könnten. Gegenüber dieser neuen Fragestellung erklärten die Gewerkschaftsvertreter, daß eine Verhandlung darüber für sie überhaupt nicht in Frage komme. Die neue Fragestellung wurde dann dahin präzisiert, daß man entweder bei der Festsetzung der Löhne auf den Stand des Lohnes eines früheren Jahres, etwa 1927, zurückgehen oder eine prozentuale Lohnsenkung vornehmen oder die Parteien zu neuen Tarifverhandlungen bringen müsse, und, wenn keine Verständigung erzielt werde, vor dem Schlichter die Entscheidung herbeiführen müsse. Diese Debatte wurde von den Gewerkschaftsvertretern mit der Erklärung abgebrochen, daß sie keine bindenden Abmachungen über die Lohnbedingungen treffen könnten, das sei Aufgabe der Verbände.

In der Aussprache wies Leipart darauf hin, daß der Bundesvorstand sich nur unter schweren Bedenken zur Teilnahme an den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates entschlossen habe. Der Reichswirtschaftsrat sei übergangen worden, obwohl er für diese Aufgabe zuständig gewesen wäre. Die unparitätische Zusammensetzung des Wirtschaftsbeirates aber zeige schon die einseitige Einstellung der Reichsregierung.

In der weiteren Aussprache wurde anerkannt, daß die Vertreter des Bundesvorstandes den Standpunkt der Gewerkschaften mit Entschiedenheit vertreten haben. Die Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat haben über Haltung und Absicht der Arbeitgeber nichts Neues gelehrt. Die Arbeitgeber wollen zurück auf das Lohnniveau von 1927 und womöglich auf einen noch niedrigeren Stand des Lohnes. Die Gewerkschaften haben sich aber nicht nur gegen die Haltung der Arbeitgeber zu wenden, sondern mit gleicher Schärfe gegen die Reichsregierung. Die Regierung hält sich nicht an die feierlichen Versicherungen, die ihre Vertreter bei verschiedenen Gelegenheiten abgegeben haben. Die Gewerkschaften aller Richtungen müssen dieser zweideutigen Haltung der Regierung ihren entschiedenen Widerstand entgegensetzen. In diesem Zusammenhang wurde von verschiedenen Verbandsvertretern darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Teilstreiks, die unter gewerkschaftlicher Führung in der letzten Zeit durchgeführt worden sind, deutlich zeigen, daß die Gewerkschaften keineswegs gesonnen sind, auch unter den gegenwärtigen Umständen auf das letzte Kampfmittel zu verzichten.

Die von der Regierung gezogenen Schlußfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirates sind eine einseitige Wiedergabe der Ansichten der Unternehmer. Diese Ansichten hat die Regierung sich zu eigen gemacht. Eine Senkung der überhöhten Preise muß ohne Lohnsenkung durchgeführt werden. Das zur Erörterung stehende Problem muß im Rahmen der gesamten Wirtschaftspolitik betrachtet werden. Die wirtschaftspolitische These der Regierung lautet: „Ein armes Land muß billig sein.“ Diesen Weg, den Weg der Deflation, können die Gewerkschaften nicht mitgehen, denn er ist verhängnisvoll. Er bedeutet die Aufwertung aller Schuldverpflichtungen. Eine solche Erhöhung aller Unkosten wird schließlich auf die Arbeiterschaft abgewälzt. Deflation bedeutet ferner, daß Deutschland dem Inflationsdumping des Auslandes das Lohndumping entgegensetzt. Das aber heißt wieder alle Lasten auf die Arbeiter abwälzen. Das Ausland sperrt sich durch Zölle mehr und mehr ab. Dieses Moment muß bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik der Arbeiterbewegung beachtet werden.

Die Handhabung der Verbindlicherklärung, die heute üblich ist, läuft glatt darauf hinaus, die Gewerkschaften in den Fällen zu binden, in denen sie stark genug wären, einen Angriff auf den Lohn abzuwehren. In allen anderen Fällen aber führt sie zur Preisgabe der Tarifverträge. Gegen das im Reichsarbeitsministerium herrschende Bestreben, auf dem Verwaltungswege in geltende Tarifverträge einzugreifen, wendet sich der

Bundesauschuß mit größter Entschiedenheit. Unter keinen Umständen darf sich die Regierung dazu hergeben, den Unternehmern zu einem Vorgehen gegen bestehende Verträge den Weg zu ebnen, wenn diese geltend machen, daß die „Veränderung der Geschäftsgrundlagen“ eine Aenderung der Verträge bedingen. Die Aussprache ergab, daß die Vertreter der Verbände der einmütigen Überzeugung sind, daß der von der Regierung in der Erklärung des Reichskanzlers vorgezeichnete Weg unter keinen Umständen beschritten werden darf. Er führt unvermeidlich zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage und einer Zuspitzung der politischen Situation. Die Entschließung hierzu veröffentlichen wir auf der ersten Seite.

Der Bundesauschuß nahm zu der geplanten Aufhebung des Verbotes der Nachtarbeit in den Bäckereien in folgender Entschließung Stellung:

„Der Bundesauschuß des ADGB. erhebt in letzter Stunde schärfsten Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Aufhebung des Verbotes der Nachtarbeit in den Bäckereien. Durch die Zulassung der Nachtarbeit in wenigen Großbäckereien, die für die gesamte Brotproduktion ohne Bedeutung sind, weil über 90 Proz. der Brotversorgung von den Mittel- und Kleinbäckereien erfolgt, kann, wie einwandfrei und unwidersprochen nachgewiesen worden ist, keine Senkung des Brotpreises erfolgen. Nicht durch die Zerrümmung eines hochwichtigen Arbeitsschutzgesetzes kann eine Preismäßigung für Brot erreicht werden, sondern durch die Herabsetzung überspannter Zölle auf Brotgetreide.“

Hierauf entwickelte sich eine lebhafteste Debatte über die zu erwartende Notverordnung und eine Aussprache über die politischen Konsequenzen, die sich ergeben könnten, wenn die Regierung fortfährt, die Lasten aus der Krise einseitig und unbegrenzt der Arbeiterschaft aufzuerlegen. In den Reden kommt zum Ausdruck, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern scheint, in dem die Haltung der Arbeiterbewegung nur noch bestimmt sein kann von dem Bestreben, das bisher unerklärte Vertrauen ihrer Gefolgschaft auch für fernere Zeit sich zu erhalten.

Den Bericht über die „Lage der Sozialversicherung in der Krise“ erstattet Kollege Welker. Auch hier plant man Abbau sozialer Rechte, auch hier Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Eine Aenderung in der Krankenversicherung und Angestelltenversicherung sei nicht zu erwarten. Dagegen plane man dem Anschein nach eine „Reinigung“ in den Leistungen der Unfallversicherung und Invalidenversicherung. Außer dem Leistungsabbau sei eine organisatorische Reform in Vorbereitung. Bei der Unfallversicherung solle der Leistungsabbau anscheinend in der Beseitigung der kleineren Renten bestehen. Die Finanzverhältnisse der Invalidenversicherung seien äußerst schwierig. Bei normaler Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben wäre 1935 eine Sanierung der Invalidenversicherung notwendig geworden. 1930 sei jedoch in der Beitragseinnahme ein Ausfall in Höhe eines Drittels der Rentenleistungen eingetreten. Dazu seien andere Einnahmeverluste gekommen. Dennoch bietet die Vermögenslage der Invalidenversicherung keinen Anlaß, eine Sanierung überstürzt vorzunehmen. In den Kreisen der Bürokratie sei jedoch das Bestreben vorhanden, die Sanierung jetzt auf dem Wege der Rentenkürzung durchzusetzen. Die gegenwärtige Zeit erscheine diesen Kreisen günstig für eine Verschlechterung der Leistungen. Die Gewerkschaften können dazu nicht stillschweigen. Sie müssen verlangen, daß die Sanierung auf dem Wege der Rentenkürzung in dieser schwierigen Zeit unterbleibt. Die Not der Armsten des Volkes dürste keine neue, durch nichts gerechtfertigte Verschärfung erfahren. — Folgende Entschließung wurde vom Bundesauschuß einstimmig angenommen:

„Der Bundesauschuß weist erneut auf die schwierige Lage der Invaliden- und Unfallversicherung hin, deren finanzielle Grundlagen teils infolge der durch die Arbeitsmarktkrise verursachten Einnahmeausfälle, teils durch den Ausfall der zugesicherten Reichszuschüsse erschüttert sind. Insbesondere die Invalidenversicherung ist durch das Ausbleiben der in der lex Brüning zugesagten Mittel, durch die Zahlung der Reichszuschüsse, in derzeit unverwertbaren Schatzanweisungen und durch festgefrorene Kredite an Reich, Länder und Gemeindeverbände in ihrer Leistungsfähigkeit auf das schärfste beeinträchtigt. Es wäre ein gewaltiges Unrecht an der Arbeiterschaft, wollte man die durch die Verschärfung der Rentenversicherungsträger unverschuldet trifft, dazu ausnützen, den Wünschen der Unternehmer nachzugeben und die heute schon völlig unzulänglichen Versicherungsleistungen abzubauen. Der Staat, der für die Sanierung privater Unternehmungen eintritt, hat die Pflicht, in dieser Krise auch der Sozialversicherung Hilfe zu gewähren. Die akuten Schwierigkeiten der Invalidenversicherung wären dadurch zu beheben, daß Reich, Länder und Gemeindeverbände ihre schuldnerischen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsanstalten erfüllen. — Eine Reform der Sozialversicherung im Sinne einer organisatorischen Verbesserung und Vereinheitlichung erachtet auch der Bundesauschuß für notwendig. Diese Reform muß aber auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung durchgeführt werden. Dagegen warnt der Bundesauschuß dringend davor, einen Leistungsabbau auf dem Wege der Notverordnung durch-

zuführen. Eine solche wiederum einseitig auf Kosten der Arbeiterschaft getroffene Maßnahme müßte dem einmütigen Widerstande der Gewerkschaften begegnen.“

*

Kollege Leipart teilt dann mit, daß der Verband der Friseur mit dem Gesamt-Verband Verhandlungen über seinen Anschluß geführt hat. Urabstimmung hat den Anschluß an den Gesamt-Verband am 1. Januar 1932 ergeben.

Zu Revisoren für die Bundeskasse wählte der Bundesauschuß die Kollegen B a c k e r t, H a a s und M ü n t n e r.

Es geht um Leben oder Tod

In dieser Zeit der ersten faschistischen Gefahr wendet sich der sozialdemokratische Parteivorstand mit folgendem Aufruf an die Mitbürger und Republikaner.

Eine Welle der nationalistischen Reaktion braust über Deutschland. Die Wirtschaftskrise, die ungezählten Millionen Not und Verzweiflung bringt, hat bei den Wahlen Hessens den politischen Wunderdoktoren des Nationalsozialismus neue Ernte gebracht. Wo alles daniederliegt, blüht ihr Geschäft.

Das Nachspiel, das die Hessenwahlen gefunden haben, zeigt jedoch auch die Verlogenheit der nationalsozialistischen Bewegung. Das Programm der heßischen nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten für ihren illegalen Regierungsantritt steht in schneidendem Widerspruch zu den Legalitätsschwüren Adolf Hitlers. Die Doppelzüngigkeit und namenlose Heuchelei des Nationalsozialismus ist entlarvt.

Wir wissen, daß jenes Blut- und Hungerprogramm das wahre Gesicht dieser Bewegung zeigt. Dieses Programm ist nichts anderes als die juristische Formulierung der ungezählten Morddrohungen, die Hitler, Frick, Stöhr und andere Führer des Nationalsozialismus in gewissenloser Demagogie in die Massen geschleudert haben. Dieses Programm entspricht nur der blutigen Praxis, die von der nationalsozialistischen SA. und SS. heute an allen Ecken und Enden Deutschlands geübt wird.

Hinter dem sogenannten Nationalsozialismus steht als Treiber und Geldgeber der reaktionärste und brutalste Teil der deutschen Kapitalistenklasse. Er will Zerstörung der Gewerkschaften aller Richtungen, die Beseitigung der Kollektivverträge, die Vernichtung der Sozialversicherung. Ausgerottet werden soll das Bewußtsein eines freien, gleichberechtigten Menschentums, das die Sozialdemokratie in den arbeitenden Massen geweckt hat.

Man will wieder ergebene Industrieburgen, die sich aus Furcht vor dem Hunger jedem Diktat fügen. Vorläufer dieser geplanten Unternehmerdiktatur ist der nationalsozialistische Terror.

Adolf Hitler hat dem Reichsinnenminister Groener Material überreicht, aus dem hervorgeht, daß die Nationalsozialisten die Angegriffenen sind. Der nationalsozialistische Wolf stellt sich als ein Lamm vor, das kein Wässerlein trübt.

Diesen Betrug wird die Sozialdemokratische Partei nicht gestatten. Bei ihr häuft sich das Material, das für die Blutschuld der Nationalsozialisten erdrückende Beweise liefert. Dieses Material muß gesichtet und ergänzt werden! Alle dazu zweckdienlichen Angaben sind möglichst in aktenmäßig belegter Darstellung ungesäumt der

Terror-Abwehrstelle beim Parteivorstand, Berlin SW 68, Lindenstraße 3,

zu übersenden. Die Sozialdemokratische Partei wird sich aber nicht darauf beschränken, Terror und Gesetzwidrigkeiten abzuwehren, sie geht zum Angriff gegen den Nationalsozialismus über und wird ihn schlagen. Die bürgerlichen Parteien sind fast sämtlich so gut wie vernichtet. Ihre kläglichen Reste sind kampfunfähig und vielfach zur Unterwerfung bereit. Ungebrochene Kampfkraft lebt nur noch in der sozialistischen Arbeiterbewegung, in den Gewerkschaften, im Reichsbanner, in der Arbeiterportbewegung, die es mit allen Kräften zu fördern gilt. Auf politischem Boden fällt zwischen der faschistischen Reaktion und der Sozialdemokratie die Entscheidung. Wer nicht will, daß Deutschland faschistisch wird, der gehört als Kämpfer in die Reihen der Sozialdemokratie. Sie kämpft gegen Lohndruck und Scharfmachtentum, für das Recht der Gewerkschaften, für den Kollektivvertrag, für den Wiederaufbau der Sozialpolitik, für die fortschreitende Umwandlung des verfallenden kapitalistischen Wirtschaftssystems in eine Gesellschaftsordnung, die allen arbeitenden Menschen Brot und Freiheit gewährt. Volk, es geht um Freiheit oder Knechtschaft! Volk, es geht um Leben oder Tod!

Nieder mit den faschistischen Verderbern Deutschlands!
Vorwärts für den Sieg der Demokratie und des Sozialismus!
Für ein freies Deutschland!

Aus unserer Bewegung

Baden-Baden. Die Ortsverwaltung veranstaltete am 20. November 1931 eine Werbeversammlung, die stark besucht war. Kollege Wönnert, Karlsruhe, referierte zunächst über die letzten Verhandlungen über die Gemeindegewerkschaften. Dann hielt er einen Vortrag: „Reaktion über Deutschland — Arbeitsvolk in Not.“ Die Wurzel allen Übels ist in dem von uns verlorenen Weltkrieg zu suchen. Dadurch hat Deutschland eine jährliche Mehrausgabe von etwa 6 Milliarden Mark nur für Reparationen, Unterstützung der Kriegssopfer und Pensionen gegenüber der Vorkriegszeit. Das Volkvermögen ist bedeutend gesunken. Durch die Rationalisierung und andere Ursachen hat man bis jetzt 4 1/2 Millionen Arbeitslose erreicht. Die ausgebeutete Kapitalflucht schadet der Volkswirtschaft im besonderen und die Zusammenbrüche großer Unternehmungen haben das Vertrauen zu Deutschland erheblich gemindert. Trotz der großen Not beziehen heute noch viele Wirtschaftskapitäne Einkommen von Hunderttausenden, dem Arbeiter aber kürzt man die Löhne, so daß sich die Not immer mehr und mehr ausbreitet. Die Arbeitnehmer müssen sich gewerkschaftlich immer fester zusammenschließen, um die wenigen Ertragsanteile, die noch übriggeblieben sind, zu erhalten und weitere Angriffe gegen die Existenz der arbeitenden Klasse abzuwehren. Der Redner forderte die Anwesenden auf, treu zum Gesamtverband zu stehen und die Unorganisierten aufzuklären, damit sie sich ebenfalls als Kämpfer in die gewerkschaftliche Front einreihen. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Bracht, Dürr und Ulrich. Sie gingen mit den Ausführungen des Referenten einig und baten die Kollegen, ebenfalls treu zum Verband zu stehen und zu werben, damit kein Kollege mehr dem Verband fernstehe.

Halle a. d. S. (Ein schöner Solidaritätsbeweis!) Die Ortsverwaltung Halle a. d. S. hat einstimmig beschlossen, um an alle erwerbslosen Mitglieder, die nicht von der Weihnachtsunterstützung betroffen werden, die vom Verbandsvorstand ausgesetzt wird, ebenfalls eine Unterstützung zu zahlen, eine freiwillige Zahlung von mindestens 30 Pf. pro Mitglied von denjenigen zu erheben, die heute noch in Arbeit stehen. Die Sektionsversammlungen, die sich mit diesem Beschluß befassen, haben ebenfalls zugestimmt. Es ist zu erwarten, daß auf diese Weise die Möglichkeit besteht, eine größere Summe durch freiwillige Leistung der Mitglieder zu erzielen.

RUNDFUNK

Dresden auf das Dezemberprogramm des Deutschlandsenders. Professor Dr. K. Reichert behandelt in drei Vorträgen am 5., 12. und 19. (18.30 bis 18.55) das germanische Kulturerbe. Ueber den Staatsgedanken in der deutschen Geschichte beginnt Professor Dr. Stolze am 30. (18.30 bis 18.55) eine neue Vortragsreihe, die im Januar fortgesetzt wird. Professor Dr. Wegener spricht am 17. (18.00 bis 18.25) und am 22. (18.30 bis 18.55) über „Die geographischen Ursachen des Weltkrieges“. Unter dem Titel „Fragen des Seelenlebens“ spricht Professor William Stern am 14. und 21. (18.00 bis 18.25) über „Die Seele des Kindes und Jugendlichen“. — In den Büchernstunden, die vor Weihnachten erhöhte Bedeutung gewinnen, spricht am 2. (18.00 bis 18.25) Dr. Paul Fiedler über „Neue Romane“, am 16. (18.00 bis 18.25) am 8. (18.00 bis 18.25) gibt Dr. Dülberg eine Uebersicht über neue Bücher über Frankreich und am 15. (19.00 bis 19.25 Uhr) Dr. Hans Roessler über „Historisch-politische Neuerwerbungen“. Am 22. behandelt dann noch Pfarrer Eckert „Weltanschauliche Bücher“ (17.30 bis 17.55). Ueber das „Schaubuch“, einem neuen Typ des guten Buches spricht am 20. noch Chefredakteur W. Stewe. — In der Veranstaltungsreihe „Die Welt des Arbeiters“ wird im Dezember jeweils Freitag (19.30 bis 19.55) das Jahresprogramm des Arbeiterfunks zu Ende geführt. Neben einem Lehrspiel aus der Arbeiterkolonie (am 4.) kommt am 11. ein Arbeiterstudent zu Wort; am 18. spricht Dr. Pfirrmann über „Der Parteibuchbeamte“ und am 30. wird ein allgemeiner Ueberblick über die Veranstaltungen des verfloffenen Jahres gegeben werden. — Im Beamtenfunk wird am 30. die Reihe „Beamte im Beruf“ fortgesetzt, es spricht Min.-Rätin Crapp über den Gewerbeaufsichtsbeamten. Zwei Vorträge, am 9. und 16. (19.00 bis 19.25) werden das Problem „Beamtenschaft und Wirtschaft“ behandeln. — Im Landwirtschaftlichen Rundfunklehrgang, der dreimal wöchentlich in der Zeit von 11.30 bis 11.55 stattfindet, werden im Dezember Abfahrragen, Bodenbearbeitungsfragen, Düngung, Saatgutverrichtung, Unkrautbekämpfung und Sortenwahl behandelt werden aus dem allgemeinen Vortragsprogramm sei noch hingewiesen auf zwei Vorträge von Professor Dr. Rieker am 11. und 18. (18.30 bis 18.55) über „Giftgase und Gaschutz“ und auf einen Vortrag von Konteradmiral a. D. Mahrholtz (19.30 bis 19.55) über „Die Gefahren aus der Luft für die Zivilbevölkerung“. Min.-Dir. Schindler spricht am 29. (18.00 bis 18.25) über „Gewerberecht und Gewerbefreiheit“.

RUNDSCHAU

Industriellengelber für Hitler. Auf die vom „Deutschen“ an Hitler gerichteten Fragen, ob es wahr sei, daß er der Großindustrie die Zerstückelung der Gewerkschaften und der sozialen Einrichtungen versprochen und dafür Geld bekommen hat, haben die sogenannten „Gewerkschaftsvertreter“ der Unternehmerföbdlinge im Auftrage Hitlers mit einer Schimpfkanonade geantwortet. Schamhaft vermeidet die Erklärung, zu erwähnen, um was es sich handelt, die Arbeiteranhänger dürfen es nicht wissen. Dafür schimpft man auf die Gewerkschaften, die nichts gegen die Youngklaverei unternehmen. Mit solchen „Erklärungen“ wird aber die feststehende Tatsache, daß die Führer der Naziartei den Unternehmern gerne die offene Hand entgegenstrecken, nicht aus der Welt geschaffen werden. Ein thüringischer Naziabgeordneter hat kürzlich öffentlich erklärt: „Arbeiter, kauft euch lieber einen Strick und hängt euch auf, anstatt der NSDAP beizutreten.“ Der Mann ist darauf aus der Partei geflohen, aber er hat wenigstens die Wahrheit gesagt. — „Der Deutsche“ rückt den Nazis weiter auf den Leib. In einer neueren Erinnerung an die Industriellengelber für Hitler schreibt er:

„Viele Arbeiter haben sich dieser Partei angeschlossen, weil sie von ihr nicht nur eine stramme Außenpolitik, sondern auch eine soziale Innenpolitik und eine ebenso geartete Wirtschaft wünschen. Nach allem, was wir hören, ist auch hier größte Aufmerksamkeit am Platze. Es sind genügend Fäden zwischen der Schwerindustrie und den Nationalsozialisten sichtbar geworden. Die Frage, ob es sich hier um Bindfäden der Industrie handelt oder auch um Sympathiefäden von der Partei zur Industrie, bleibe vorerst noch unbeantwortet. Wenn es aber nationalsozialistische Zeitungen gibt, die nicht nur ständig gegen die Gewerkschaften hehen, sondern es sogar fertigbringen, über einen „unzulänglichen Lohnabbau“ zu schreiben, so liegt der Verdacht nahe, daß sich auch hier das Geld der sonst so „notleidenden Industriellen“ auswirkt.“

Das ist sehr deutlich gesprochen, und wenn jemand eine saubere Weite anhat, wird er sich beugen und solche schwerwiegenden Anklagen richtigstellen. Hitler aber schweigt. Statt dessen antwortet jetzt Straßer mit der nichtsagenden Erklärung, daß sich die Stellung der Nazis zu den Forderungen der Arbeiter aus dem Programm ergebe. Da ist man jetzt noch ebenso schlau wie vorher. Die Nazis entrüsten sich täglich über Korruption, Schieberungen und Bestechungen. Eine Partei, die soviel Wert auf Sauberkeit im öffentlichen Leben legt, muß doch erst recht in den eigenen Reihen auf Sauberkeit halten. Es scheint aber, daß die Nazis in dieser Angelegenheit, wenn es ihnen selbst angeht, beide Augen zudrücken. Nach allem, was man von den Nazis weiß, scheint die Partei ein großer korrupter Schmierladen zu sein. E II.

Die Volksfürsorge fördert die Gesundheitspflege. Das Hygiene-Museum in Dresden ist für die wissenschaftliche Forschung und die Aufklärung des Volkes gleich bedeutsam. Am 10. Oktober 1931 konnte eine neue Abteilung des Museums, die Sonderchau „Gesundheit und Krankheit“, der Öffentlichkeit übergeben werden. Sie ist durch eine Stiftung der Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg errichtet worden und stellt nach übereinstimmender Auffassung der Fachwelt eine der wertvollsten, sicher aber die interessanteste Bereicherung und Ergänzung des Museums dar. Erfreulich ist, daß die in graphischen Darstellungen und Tafeln übersichtlich und systematisch geordnete Schau den gewaltigen Stoff dem Beschauer in leicht verständlicher Form übermittelt. Noch erfreulicher ist, daß ein Unternehmen der Arbeiterschaft in der jetzigen Zeit Mittel zur Verfügung stellen konnte, um den Ausbau zu sichern. Die Volksfürsorge, die durch ihre Leistungen bereits allgemein Ansehen genießt, kann auch ihren neuen Dienst für die Gesundheitspflege als einen Erfolg buchen. Zum Ausdruck kam diese Anschauung in den Eröffnungsfestlichkeiten. Herr Professor Dr. Vogel, der wissenschaftliche Direktor des Deutschen Hygiene-Museums, umriß in einem Vortrag die Begriffe Gesundheit und Krankheit, die äußeren und inneren Einflüsse auf den Gesundheitszustand des Menschen, Konstitution und Disposition des Menschen für bestimmte Erkrankungen und den großen sozialen und auch volkswirtschaftlichen Wert der Gesundheitspflege. Direktor Streine von der Volksfürsorge wies auf die Entwicklung und die Bedeutung der Volksfürsorge hin, die eine wichtige soziale Mission erfüllt und schon seit Jahren die vielseitigen Einrichtungen für den Gesundheitschutz unterstützt hat. Sie übernahm bereitwillig die Ausgestaltung der neuen wichtigen Ausstellungsgruppe des Hygiene-Museums und glaubte, durch die Unterstützung der Wissenschaft in zweckmäßiger und wirkungsvollster Form den auf Hebung der allgemeinen Volksgesundheit gerichteten Bestrebungen der breitesten Volksschichten und auch der zwei Millionen Versicherten der Volksfürsorge Rechnung getragen zu haben. — Zum Schluß dankte Oberbürgermeister a. D. Dr. Blüher, Dresden, der Volksfürsorge für die große Leistung und Hilfe, die in der jetzigen Zeit doppelt schwer wiegt.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO16, Mühlentempelhof
Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO36, Schleifische Straße 42